

Stuttgart, 14.10.2011

Haushaltssicherungskonzept 2009 - Maßnahmen
hier: Abschlussbericht "Zentralisierung von IT-Dienstleistungen"

Beschlußvorlage

Vorlage an	zur	Sitzungsart	Sitzungstermin
Verwaltungsausschuss	Vorberatung	nicht öffentlich	26.10.2011
Gemeinderat	Beschlussfassung	öffentlich	27.10.2011

Beschlußantrag:

1. Vom Ergebnisbericht der Firma BSL Management GmbH zur Untersuchung (Anlage 2) sowie der Bewertung durch die Verwaltung wird Kenntnis genommen.
2. Die mit GRDrs 797/2010 angebrachten KW-Vermerke 01/2012 im Vorgriff auf den Stellenplan 2012 an insgesamt vier Stellen bei 14 Ämtern werden entfernt (vgl. Anlage 4).
3. 0,78 Stellen der Abteilung Informations- und Kommunikationstechnik des Haupt- und Personalamts (10-4) erhalten den KW-Vermerk 01/2014 (0,28 Stelle Nr. 100 0402 140 EG 11 im Team IT-Beratung, Projektmanagement, Softwareentwicklung und 0,5 Stelle Nr. 100 0404 380 EG 11 im Fachteam Rathaus-/KORVIS-Betreuung).
4. Das Haupt- und Personalamt wird beauftragt, bis Ende September 2012 eine Vorlage mit einem Umsetzungskonzept für die Zentralisierung „Anwendungs- und Systembetrieb sowie Server“ und „Softwareentwicklung“ (Vorschläge 4 und 5, vgl. S.3) vorzulegen.

Begründung:

1. Ausgangslage

Mit GRDrs 281/2010 hat der Gemeinderat am 28. Juli 2010 den Zielbeschluss gefasst, bislang dezentral wahrgenommene IuK-Aufgaben, insbesondere im Bereich der technischen IuK-Betreuung, zu zentralisieren. Im Zuge der Zentralisierung

sollten in den Jahren 2011 bis 2013 insgesamt zehn Stellen (davon 2011 und 2012 je vier Stellen, 2013 zwei Stellen) mit einem Einsparvolumen von 500.000 Euro abgebaut werden. Die Identifizierung der Einspareffekte bei den Ämtern und Eigenbetrieben sollte unter Beteiligung eines externen Beraters im Rahmen einer Organisationsuntersuchung erfolgen.

Am 16.12.2010 wurde mit GRDRs 797/2010 in einem ersten Schritt an insgesamt vier Stellen bei 14 Ämtern und einem Eigenbetrieb der KW-Vermerk 01/2012 im Vorgriff auf den Stellenplan 2012 angebracht. Die Übersicht über die betroffenen Stellenanteile ist als Anlage 4 beigefügt. Das Anbringen der KW-Vermerke erfolgte an sog. „Platzhalterstellenanteilen“, d.h. sie haben nur vorläufigen Charakter. Die externe Untersuchung sollte die Einspareffekte identifizieren und erst im Rahmen der Stellenplanberatungen 2012/2013 sollten die endgültigen stellenplanmäßigen Konsequenzen gezogen werden.

Nach einer Ausschreibung wurde die Firma BSL Managementberatung GmbH mit der Untersuchung beauftragt. Im Februar 2011 startete die Untersuchung.

2. Untersuchungsergebnis der Firma BSL (Auszug Management Summary)

Von Februar 2011 bis August 2011 hat die BSL Managementberatung die IuK-Landschaft der Landeshauptstadt untersucht. Ziel des Projektes war es, im Wesentlichen jene IuK-Aufgaben, die heute in den Ämtern und Eigenbetrieben der Landeshauptstadt wahrgenommen werden und die sich in besonderer Weise für eine Zentralisierung eignen, herauszuarbeiten. Zugleich sollte mit der Zentralisierung auch die Wirtschaftlichkeit mit dem Abbau von insgesamt zehn Stellen mit einem Einsparvolumen von 500.000 Euro verbessert werden.

Das Vorgehen von BSL war von einem stark beteiligungsorientierten Vorgehen geprägt. Es wurden zwei Informationsveranstaltungen abgehalten, in denen rund 150 Mitarbeiter/-innen erreicht werden konnten. Darüber hinaus wurden in Workshops, einer Vielzahl von Interviews und Vor-Ort-Besuchen Informationen eingeholt und aufbereitet, sodass jedes Amt und jeder Eigenbetrieb der LHS Stuttgart in die Untersuchung eingebunden war.

Der Verlauf der Untersuchung wurde von einer Projektgruppe begleitet und die Ergebnisse einer Projektleitungsgruppe berichtet. Auch wenn vor allem die Bestandsaufnahme, aber auch die Ist-Analyse (Zwischenbericht) nicht im ursprünglich geplanten Zeitrahmen abgeschlossen werden konnten, hat BSL termingerecht einen Bericht vorlegen können.

Der Bericht (vgl. Anlage 2) enthält eine Reihe von Handlungsempfehlungen, deren Verfolgung, unabhängig von der Frage der Zentralisierung, die IuK der LHS Stuttgart wesentlich verbessern helfen.

Über diese Handlungsempfehlungen hinaus wurden konkrete Aufgabenblöcke benannt, die sich aus Sicht der BSL für eine Zentralisierung anbieten und ein Einsparpotenzial erwarten lassen. Es wurden insgesamt acht stellenwirksame Verbesserungsvorschläge erarbeitet, die das Potenzial in sich bergen, rund 7,4 AK

(Arbeitskapazitäten) mittel- und langfristig einzusparen.¹

¹ Anmerkung: Man könnte im Bereich Neu- und Weiterentwicklung von Fachanwendungen etwa im Bereich eGovernment oder in einzelnen GIS-Anwendungen ein höheres Einsparpotenzial – z.B. weitere 2,6 AK – erzielen. Dies empfiehlt BSL jedoch nicht. Die Konsequenz von Einsparungen in diesem Bereich wäre ein erheblicher Rückgang von innovativen Lösungen der Verwaltung (Beispiel: preisgekrönte eGovernment-Anwendungen oder innovative GIS-Anwendungen fallen weg (Bericht S. 55-56).

Laut Ist-Erhebung werden in der LHS IuK-Aufgaben mit insgesamt 166 AK wahrgenommen. Folgt die LHS Stuttgart den Vorschlägen von BSL, ist damit eine grundlegende und umfangreiche Reorganisation der IuK verbunden. Einerseits würden von den heute rund 89 AK in den Ämtern und Eigenbetrieben fast 30 AK (und damit ein gutes Drittel) herausgelöst werden. Andererseits müsste die zentrale IuK (10-4) mehr als 25 AK in die Organisation integrieren. Für beides ist die heutige Organisation nicht vorbereitet und eine übereilte Umsetzung würde, zumindest kurzfristig, zu erheblichen Einschränkungen der Servicequalität der IuK führen.

3. Bewertung der Untersuchungsergebnisse durch die Verwaltung

Zu den Vorschlägen der Firma BSL haben alle Referate vor der abschließenden Bewertung durch die Projektgruppe² und die Projektleitungsgruppe³ Stellung genommen. Diese Stellungnahmen sind in die Bewertungen eingeflossen.

Ergänzend zu den stellenwirksamen Vorschlägen hat die Firma BSL zusammen mit den Beteiligten eine große Zahl von **Handlungsempfehlungen** (Bericht S. 19-41) erarbeitet, die für die Optimierung der bestehenden Strukturen von hohem Nutzen sein können. Diese Handlungsempfehlungen werden zum allergrößten Teil aufgegriffen. In Anlage 3 ist ein Zeitplan für die Bearbeitung der einzelnen Themen dargestellt. Zur Umsetzung der Empfehlungen wird ein Projekt mit einer Projektorganisation aufgesetzt.

Bewertung der stellenwirksamen Vorschläge

In Anlage 1 ist eine ausführliche Begründung zum Umgang der Verwaltung mit den einzelnen stellenwirksamen Vorschlägen der Firma BSL beigefügt. Hier werden sie nur kurz dargestellt.

- Die ersten drei Vorschläge der Firma BSL betreffen - unabhängig von einer Zentralisierung - Optimierungen bzw. Standardreduzierungen in Aufgabenbereichen der Abteilung IuK des Haupt- und Personalamts (Bericht S. 42-44). Diese Vorschläge werden zum Teil umgesetzt, was zu Einsparungen von insgesamt 0,78 Stellenanteilen führt. 0,28 Stellen werden beim Team IT-Beratung, Projektmanagement, Softwareentwicklung (10-4.2) im Bereich SOLID/MIPS mit einem KW-Vermerk versehen (Stelle Nr. 100 0402 140). Durch eine Absenkung des Standards im Fachteam Rathaus-/KORVIS-Betreuung (10-4.4 RK) können 0,5 Stellen eingespart werden. Die Stelle Nr. 100 0404 380 erhält ebenfalls einen KW-Vermerk 01/2014.
- Die Vorschläge 4 „Anwendungs- und Systembetrieb sowie Server“ (Bericht S.45-47) und 5 „Softwareentwicklung“ (Bericht S. 47-48) sollen weiterverfolgt werden. Es soll für jedes Amt im Einzelfall geprüft werden, in wieweit eine Zentralisierung Sinn macht (Ziel: maßgeschneiderte Lösungen). Die

Fachadministration und -betreuung von amtsspezifischen Anwendungen soll weiterhin dezentral erfolgen. Auch bei der Softwareentwicklung muss im Detail der Fachbezug mit den Ämtern geklärt werden. BSL ist ebenfalls der Ansicht, dass für die Umsetzung dieser Vorschläge eine detaillierte Untersuchung erfolgen muss. Die Weiterverfolgung der Vorschläge wird in das o.g. Umsetzungsprojekt einbezogen. Da die Projektgruppe von einem niedrigeren Einsparpotenzial als von BSL errechnet ausgeht und die Einsparpotenziale sich auf Kleinstanteile in den Ämtern verteilen, wird hier auf die Anbringung von KW-Vermerken verzichtet.

² Mitglieder Projektgruppe: Vertreter Ämter 50, 62, 63, 66, Referat T, 10, 20, AK/DSB, GPR

³ Mitglieder Projektleitungsgruppe: Referate AK, WFB, T, 10 AL, CIO, GPR

- Der Vorschlag 6 „Dezentraler Support / User Help Desk“ (Bericht S.49-50) wird nicht weiterverfolgt. Den Support für Fachanwendungen zu zentralisieren wird für nicht sinnvoll erachtet. Der First-Level-Support soll aus praktischen Erwägungen auch für Standardanwendungen dezentral bleiben. Für darüber hinausgehenden Support steht schon bisher die Hotline von 10-4 zur Verfügung. Eine Änderung würde zu tief in die bestehenden Strukturen der IuK-Landschaft der LHS eingreifen.
- Gegen den Vorschlag 7 zur Bildung eines „Competence Center IT“ (Bericht S. 39-41 und S.50-51) haben sich die Referate massiv ausgesprochen. Die Ämter selbst haben die von BSL beschriebenen Vorteile einer solchen Zentralisierung nicht erkennen können. Zur Umsetzung dieses Vorschlags müsste jeder Einzelfall im Detail daraufhin untersucht werden, inwieweit eine Zentralisierung Sinn machen würde, um die Fachlichkeit weiter zu gewährleisten. Die Verwaltung hält eine Umsetzung dieses Vorschlags weder für effizient noch für effektiv.
- Der Vorschlag 8 „Insourcing Support Bibliothek“ (Bericht S. 52) befindet sich bereits in der Umsetzung. Hier wurde festgestellt, dass eine interne Leistungserbringung wirtschaftlicher ist als die derzeitige Erbringung durch einen externen Dienstleister (Einsparungen von jährlich 27.286 EUR, entspricht 0,55 Stellen). Der Vertrag wurde zum 30.09.2012 gekündigt und für die Stadtbücherei soll eine Stelle geschaffen werden. Diese Stellenschaffung wird über das Stellenplanverfahren 2012/2013 abgewickelt (GRDRs 771/2011). Die Stelle darf nach Vertragsablauf besetzt werden.
- Beim Stadtplanungsamt können Sachmittel von jährlich 13.896 EUR (entspricht 0,28 Stellen) durch Reduzierung von Wartungsverträgen eingespart werden.

Insgesamt kommt es rechnerisch zu 3,0 Stelleneinsparungen:

- 0,81 werden durch Sachmitteleinsparungen erbracht.
- 1,39 Stellen aus den Vorschlägen 4 und 5 müssen noch näher betrachtet werden.
- 0,78 Stellen sind von 10-4 zu erbringen und mit KW-Vermerk zu versehen.

Bei Umsetzung aller BSL-Vorschläge sollten insgesamt 25,41 AK von den Fachämtern zur Abteilung Information und Kommunikationstechnik (10-4) verlagert

werden. BSL hat deshalb einen Vorschlag zur Neuorganisation der Abteilung 10-4 zur Integration dieser Stellen vorgelegt (vgl. Bericht S. 57-60). Nachdem insgesamt nur zwei Vorschläge mit Stellenwanderungen zu 10-4 weiterverfolgt werden sollen, ist eine Neuorganisation des Teams Anwender- und Systemservice (10-4.4) zum jetzigen Zeitpunkt nicht angezeigt. Die Empfehlungen von BSL finden aber Berücksichtigung in den weiteren Planungen. Angesichts der hohen Leitungsspanne von 1:19 im Team IT-Beratung, Projektmanagement, Softwareentwicklung (10-4.2) gibt es bereits Überlegungen, dort Fachteams zu bilden.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass durch eine Zentralisierung der IT wie ursprünglich angedacht nicht die erwarteten Einsparungen zu erzielen sind. Der Gutachter hat aber viele Handlungsfelder aufgezeigt, die für eine Optimierung der stadtweiten IT zu bearbeiten sind.

Finanzielle Auswirkungen

Ab Ende 2012 können Sachmittel von jährlich 41.182 EUR eingespart werden. Durch den Wegfall von 0,78 Stellen ab 2014 werden jährlich 39.000 EUR eingespart. Die von BSL errechneten Einsparungen von 1,39 Stellen (entspricht 69.500 EUR) durch Zentralisierungen sind im Folgeprojekt zu untersuchen. Die Verwaltung geht davon aus, dass die Stelleneinsparungen niedriger sind, als von BSL angenommen.

Die mit GRDRs 797/2010 an insgesamt 4 Stellen bei 14 Ämtern und einem Eigenbetrieb als Platzhalter angebrachten KW-Vermerke werden entfernt.

Beteiligte Stellen

Die Referate AK, WFB und T waren beteiligt.

Vorliegende Anträge/Anfragen

-

Erledigte Anträge/Anfragen

-

Dr. Wolfgang Schuster

Anlagen

- Anlage 1 Ausführliche Begründung zu den stellenwirksamen Vorschlägen
- Anlage 2 Ergebnisbericht BSL Managementberatung
- Anlage 3 Umsetzungsprojekt
- Anlage 4 Übersicht KW-Vermerke GRDRs 797/2010